

Haushaltsrede

Sehr geehrter Herr Vorsitzender,  
sehr geehrte Damen und Herren;

da ich hier an diesem Rednerpult stehe, geht jetzt wieder Haushalt des Landkreises. Der erste von mir vorgelegte HH 1999 wies ein Fehl aus VJ in Höhe von 90 Mio. DM (46 Mio. €) aus.

Danach ging es noch weiter in den Keller. Der Spitzenwert wurde 2006 mit einem Gesamtfehl in Höhe von 82,8 Mio. € erreicht. Langjährige Kreistagsangehörige erinnern sich an die vorgelegte Grafik, deren Verlauf immer weiter nach unten ging.

Es folgten bittere Jahre der HH-Konsolidierung sowie dem Abschluss einer Zielvereinbarung mit der Bez. Reg. für die Jahre 2005 bis 2008.

Diese sehr auf Ausgabenbeschränkung ausgerichtete Haushaltswirtschaft führte allerdings auch zu manch unterlassener Instandsetzung, die in den letzten und noch folgenden Jahren nachgeholt werden musste bzw. noch muss.

Seit 2007 steigen wir langsam wieder aus dem Keller und in diesem Jahr hätten wir eigentlich das Erdgeschoss erreicht.

Aber nur eigentlich, denn bereits seit einigen Jahren belastet der Verlustausgleich der UEK den Kernhaushalt in massiver Weise.

Wie im Vorjahr möchte ich Ihnen aber doch den Verlauf ohne Belastung durch die Klinik aufzeigen und ich bin doch ein wenig traurig, dass die am Ende meiner Rede gezeigte Grafik anders aussieht.

In diesem Jahr ist eine Verlustabdeckung in Höhe von 14,6 Mio. € (für 2013 und Rest 2012) eingeplant.

Und auch in den nächsten Jahren wird die Klinik auf weitere Verlustausgleiche durch den Träger angewiesen sein. Geplant sind 7, 6 und 5 Mio. €.

Neben dem Verlustausgleich für die UEK und die Höhe der diesjährige KU bestimmten insbesondere folgende Themen die Beratung in 5 Finanz- und 3 Personalausschusssitzungen:

- Strukturfonds,
- KiTa –Vereinbarung,
- Schullastenausgleich und
- Neubewertung von Amtsleiterstellen.

Aber der Gesamthaushalt mit einem Volumen von **318,9 Mio. €** enthält weitaus mehr Informationen und Aussagen und -wie immer- jede Menge Daten und Zahlen, die ich Ihnen nicht ersparen kann.

Dennoch hoffe ich auf Ihre Aufmerksamkeit.

Am 25.06.2013 wurde die endlich 1. Eröffnungsbilanz des Landkreises Aurich zum 01.01.2010 beschlossen.

Nettoposition und Reinvermögen weisen einen positiven Wert aus, aber das Basisreinvermögen ist , aufgrund des hohen vorzutragenden Altfehls (Sollfehlbetrag aus letztem kameralem Abschluss 53,2 Mio. €) negativ.

Diesen bilanziellen Verlustvertrag gilt es durch Überschüsse beginnend ab 2010 abzubauen.

Wie bereits bei der Vorlage der Eröffnungsbilanz ausgeführt, wurde vom Wahlrecht, bisher geleistete Investitionszuschüsse zu aktivieren, entgegen der anfänglichen Planung doch Gebrauch gemacht.

Infolgedessen wird der Haushalte mit zusätzlicher Abschreibung für geleistete Zuschüsse für allg. Infrastruktur und Fremdenverkehr und für die an das Land gezahlte Krankenhaushumlage (bereits 2013 berücksichtigt) belastet.

Jetzt zum **Haushaltentwurf 2014**.

Die 26 finanziell oder politisch wichtigen „**Wesentliche Produkte**“ wurden unverändert 2014 übernommen.

Zuerst – wie in den letzten Jahren – ein Ausblick auf die Finanzlage aller Landkreise des Landes.

Nach Mitteilung des NLT schlägt sich die weiterhin positive wirtschaftliche Entwicklung auch in den HH 2014 nieder. Gegenüber den Planungen des Vorjahres hat sich die Situation nochmals leicht verbessert.

Nach den vorgelegten Haushaltsplanungen können **12** (Vj. 11) Landkreise in Niedersachsen ihren Haushalt **komplett** ausgleichen, **17** (Vj. 18) Landkreisen und der **Region Hannover** gelingt es, einen **strukturell** oder **gem. § 110 NKomVG gesetzlich** ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, noch **6** (Vj. 8) Landkreishaushalte sind strukturell **nicht ausgeglichen**. Die Plandaten zweier Landkreise lagen nicht vor.

Insgesamt zeigt sich die Finanzsituation weiter verbessert. Gleichwohl haben einzelne Landkreise weiterhin erhebliche Probleme und auch Altdefizite bestehen immer noch in einer enormen Größenordnung.

Auch die Bilanz des Landkreises Aurich weist immer noch einen hohen Verlustausgleich aus.

Ich bleibe bei meiner Mühle und hoffe weiterhin auf kräftigen Wind, auch wenn das neue EEG mir Sorge bereitet.

Aufgrund der Finanzstärke des Landkreises ist der aktuelle Haushalt einer der positivsten im Land Niedersachsen.

Ich hoffe, dass die Finanzkraft der Stadt Aurich weiterhin mit führend im Land bleibt, Industriegebiete im Kreis weiter wachsen und immer mehr Betriebe neben dem Unternehmen Enercon zum hohen Steueraufkommen beitragen.

Auf der Einnahmeseite lacht auch 2014 die Sonne.

Der HH des Landkreises Aurich 2014 weist, nach den dem NLT vorgelegten Planungsdaten, trotz des eingeplanten Verlustausgleiches an die UEK (14,6 Mio. €) den höchsten Überschuss nach der Region Hannover aus.

#### Ergebnishaushalt:

Ertrag und Aufwand aus laufender Verwaltungstätigkeit:

	2014	2013
Erträge	318.875.900€	289.905.600€
Aufwendungen	308.557.800€	284.662.100€
Jahresergebnis	10.318.100€	5.243.500€

#### Finanzhaushalt:

Einzahlungen	337.425.200	308.249.300 €
Auszahlungen	325.484.000	304.790.000 €
Ergebnis	11.941.200	3.459.300 €

Die Erträge steigen um **29,0** Mio. € (allg. Zuwendungen 22,8 Mio. € (FAG + KU 24,5 Mio. €), Transfereinzahlungen 2,4 Mio. € und Kostenerstattungen 3 Mio. €).

Die Mehraufwendungen in Höhe von rd. **23,9** Mio. € sind größtenteils Transferleistungen +17,2 Mio. € (davon + 6,1 an UEK), Afa +3,0 Mio..

#### Finanz-HH:

Der Finanzhaushalt beinhaltet alle Ein- und Auszahlungen aus lfd. Verwaltungstätigkeit und aus Investitionen. Er gibt wichtige Erkenntnisse zur Finanzkraft.

<b>Überschuss aus lfd.</b>	
Verwaltungstätigkeit:	18.370.800 €
Tilgung:	6.329.200 €
Zuführung Versorgungsrücklage	<u>100.400 €</u>
Überschuss	11.941.200 €

Dieser finanzielle Überschuss würde eigentlich zur Finanzierung von Investitionen zur Verfügung stehen und damit die erforderliche Neuaufnahme derart reduzieren. Zwar wäre weiterhin eine Kreditaufnahme notwendig ist, aber die langfristige Verschuldung würde wegen der -der Kreditaufnahme übersteigenden Tilgung- sinken.

Doch solange der Verlustvortrag nicht abgebaut ist, steigt die langfristige Verschuldung noch an.

### Zurück zum Ergebnishaushalt

Auf der **Einnahmeseite** bestimmen in Ermangelung eigener **Steuereinnahmen** (Jagdsteuer: 27 T€, ähnliche: Jobcenter Landeszuweisung Nds. AG SGB II) die Positionen

#### Zuwendungen und allg. Umlagen

(FAG, KU, BuT, KdU, Alg II, Verwko. Jobcenter) mit **69 % 221 Mio. €** (198 Mio., 68%)  
und

**Kostenerstattungen und Umlage 21 % 66 Mio. €** (63 Mio., 22 %)

davon

**(Erst. Soz. Bereich Sozialhilfe 53,0 Mio. €**

( insbes. Quotale System 38,2 Mio. €, Bu. Erst. GruSi 9,0 (8,1)) ,

**Jugendhilfe 2,6 Mio. € und**

**rd. 5,1 Mio.€ Personalkostenerstattung vom JC sowie Verwaltungskostenerstattungen**  
von den Eigenbetrieben

den Haushalt.

( so. Transfererträge 3 %, Öffentl.rechtl. Erträge und Auflösung SoPo je 2 % Gebühren,  
sonstige alle unter 2 %.)

Zurück zur Finanzkraft des Landkreises Aurich, die sich nochmals stark verbessert hat.  
Steuerkraft und Schlüsselzuweisungen bilden die Berechnungsgrundlage der zu zahlenden  
KU der Gemeinden.

Die Einnahmen aus der KU steigen wegen eines Einmaleffektes aufgrund Steuernachzahlungen auf **147,0 Mio. €** (105,8).

Ab 2015 werden sich diese Erträge gem. HH- Planung Stadt Aurich wieder auf das immer noch hohe Vorjahresniveau einpendeln.

Der Kreisumlagehebesatz beträgt unverändert **53,5 %**.

Damit liegt der Landkreis weiterhin über dem Landesdurchschnitt (2013: 49,9 % (51,0)).

Wer zahlt jetzt eigentlich wieviel KU oder anders gefragt, wer ist finanzstark und wer ist finanzschwach?

Nachdem die Stadt Aurich 2013 bereits 43 % der Torte bezahlt hat, sind es 2014 **57 % (83,8 Mio. €)**, die Stadt Norden zahlt 7,7 % =11,3 Mio. € und die anderen Kommunen des LK zwischen 5 und 2 % .

(Ausnahmen: die kleine Inseln und die besonders finanzschwache Gemeinde Dornum)

Das Haushaltsbegleitgesetz des Landes für 2014 beinhaltet auch Änderungen im Finanzausgleich.

Vor dem Hintergrund, dass der Bund den Kreisen ab 2014 die Kosten für die GruSi im Alter vollständig erstattet, wird das Aufteilungsverhältnis der Zuweisungen für Gemeinde- und Kreisaufgaben ab 2014 wie folgt verändert:

Die Gemeinden erhalten 2014 in etwa 34 Mio. €  
2015 48 Mio. € und ab

2016 52,5 Mio. € mehr.

Nicht berücksichtigt wurde dabei, dass die letzte Stufe der Entlastung beim Land verbleibt und nicht an die Kreise weitergegeben wurde. Durch diese Änderung ergibt sich praktisch „automatisch“ der verringerte Ansatz für Soziallasten und -wegen der gesunkenen Zuschussbedarfe für Kreisaufgaben- eine Steigerung des Flächenansatzes.

Hiervon profitieren die bereits finanziell gut dastehenden Flächenkreise wie z.B. das Emsland und Rothenburg, während die Landkreise mit hohen Soziallasten verlieren.

Für die Berechnung der Einnahmen aus dem Finanzausgleich wurden die vom Niedersächsischen Landesbetrieb für Statistik (LSKN) im Dezember bekanntgegebenen vorläufigen Grundbeträge zugrunde gelegt.

Aufgrund der hohen Steuereinnahmen des Landes steigt die vorläufige Zuweisungsmasse von **3,29 Mrd. €** in 2013 auf **3,45 Mrd.** in € 2014.

Der vorläufige Grundbetrag für Kreisaufgaben steigt trotz Verschiebung zu Gunsten der Gemeinden von 395,75 € (Plan 395,82 €) auf **423,02 €**.

Die außerordentlich hohe Steuerkraft unseres Landkreises spiegelt in diesem Jahr ganz klar die Ausgleichfunktion des Finanzausgleiches wider.

Die zuvor genannten hohen Erträge aus der KU führen dazu, dass die **FAG-Leistungen (Schlüsselzuweisungen u. Zuw. übertr. Wirkungskreis)** sich nach vorläufiger Berechnung um rd. **19,5 Mio. €** von **33,0 (Plan 31,6)** auf **13,5 Mio. €** reduzieren.

Insgesamt erwarten wir Mehreinnahmen ggü. dem Vorjahr in Höhe von **21,6 Mio. €** (ggü. Plan 23,1).

Die Einnahmen der Planungsjahre verändern sich entsprechend der veränderten Steuerkraftschätzung der Stadt Aurich und reduzieren sich auf ein weiterhin recht hohes Niveau von **144 Mio. €** in 2015 und **142,3 Mio. €** in 2016 und 2017.

Auf dieser Übersicht sehen sie auch **3 Mio. €** Ausgaben für den geplanten **Strukturfonds**.

Die durch hohen Steuerkraft stark steigenden Erträge aus der KU, haben nicht -wie in anderen Landkreisen- zu einer Senkung des Umlagesatzes geführt.

Der Kreis hat sich entschlossen, eine Entlastung der Städte und Gemeinden in Abhängigkeit von der Finanzkraft und dem Gesamtfehl der jeweiligen Kommune vorzunehmen. Hierfür werden 2014 3 Mio. € als sog. Strukturfonds zur Verfügung gestellt.

2 Mio. € werden nach Umlagekraft und 1 Mio. € nach der Höhe der Fehlbeträge verteilt, davon ausgenommen wurden die Bedarfszuweisungsgemeinden (Hinte, Juist und Baltum).

Diese Summe entfällt somit auf die Gemeinden Großefehn, Ihlow und Dornum sowie Großheide und Brookmerland.

Der Landkreis kommt damit einer zusätzliche Ausgleichsfunktion zwischen seinen Kommunen nach.

Die Rechtmäßigkeit einer derartigen Umverteilung wurde bereits in ähnlichen Fällen gerichtlich bestätigt.

Auch das Land zahlt besonders bedürftigen Kommunen zusätzlich zu den Schlüsselzuweisungen hohe Entschuldungshilfen. An die Kosten müssen sich alle Kommunen zu 50 % beteiligen.

Zusätzlich zum Strukturfonds erhöht der LK die KiTa Förderung um 1 Mio. €, hierauf, wie auch auf die höhere Beteiligung an den Schullasten, komme ich später noch einmal zurück.

Mit diesen Ausführungen hat bereits der Wechsel auf die Aufwandsseite bereits begonnen.

3 Blöcke bestimmen immer noch die **Aufwandsseite**:

**Transferaufwendungen 66 (65) % 202,7 (185,5) Mio. €**

Überwiegend Zuweisungen und Zuschüsse für Sozial- und Jugendhilfeleistungen .

Bei den Sozialtransferaufwendungen ( **69,0 (67,0) Mio. €**) werden insbesondere Aufwendungen für

Eingliederungshilfe und die Grundsicherung im Alter erfasst.

Im Bereich der Jugendhilfe (**35,9 (33,3) Mio. €**) fallen Aufwendungen insbesondere für stationäre und ambulante Unterbringung, Tagespflege und sonstige Hilfen zur Erziehung an.

Im Bereich des Jobcenters **76,2 (73,2) Mio. €** für Alg II 46,2 (45,0), KdU und einmalige Leistungen 30,0 (28,2) €.

Außerdem werden hier die Zuschüsse bzw. Verlustausgleiche an UEK gGmbH, KVHS Norden, ~~E~~, Musikschule gGmbH insges. **19,2 Mio. €** verbucht ,

gleichfalls die Entschuldungsumlage **423 T€ (420)**.

#### **Sonstige ordentl. Aufwendungen**

**8% (8) 23,9 (22,7) Mio. €**

Aufwendungen für ehrenamtliche Tätigkeit, Verfügungsmittel, Mitgliedsbeiträge, Steuern, Versicherungen und Geschäftsausgaben 2,3 (2,3) Mio. €, insges. rd. **4,0 Mio. €**,

Erstattungen für Aufw. Dritter 10,5 (9,7) Mio. €

(davon 7,6 an Gemeinden u.a Schullastenausgleich und Erstattungen an andere Schulträger)

sowie 1,9 Mio. € an verbundene Unternehmen für den gleichen Zweck (davon ca. 650 T€ Erstattung an die Abfallwirtschaft für Aufgabenerledigung des übertragenen Wirkungskreises) und

Schülerbeförderungskosten ( **9,5 (9,1) Mio. €**).

**Aufwendungen für Personal 16 (17) %**

	<u>Ansatz 2013</u>	<u>Ansatz 2014</u>	<u>Veränderung</u>
Personalaufwendungen im Gesamtergebnishaushalt	48.482.000	49.938.300	+1.456.300
<u>bereinigt um:</u>			
Zuführung zur Pensionsrückstellung	1.334.200	1.362.100	27.900
Zuführung zur Beihilferückstellung	279.400	188.000	-+91.400
Zuführung zur Rückstellung für Altersteilzeit	35.000	0	-+35.000
Beschäftigungsförderung	300.000	300.000	0
Jobcenter	4.689.600	5.091.400	401.800
<b>bereinigte Personalaufwendungen</b>	<b>41.843.800</b>	<b>42.996.800</b>	<b>+1.153.000</b>

Die Veranschlagung erfolgte entsprechend dem im Personalausschuss beratenen Stellenplan.

In den Ansätzen sind die Personalkosten der bereits im Nachtragshaushalt 2013 enthaltenen Stellen für Schulsozialarbeit, dem MESEO-Projekt und den Bibliotheksmitarbeiter sowie

zusätzliche Stellen bzw. Stellenanteile für die Erledigung von Aufgaben im Bereich Asyl, BuT, Beistandschaften, Betreuung, Schülerbeförderung u.a. enthalten.

Auch der Mehraufwand durch gesetzl. Änderung der Besoldungsgruppen der Verwaltungsleitung und die Neubewertung der Amtsleiterstellen wurde berücksichtigt.

Letzterer Betrag in Höhe von rd. 65 T€ wird, da zwischenzeitliche alle Beförderungsstellen A14 für 2014 und ggf. länger mit einem Sperrvermerk im Stellenplan versehen wurden, gesperrt.

Tarif- und Besoldungserhöhungen wurden mit 2 % veranschlagt.

Gegenüber dem Vorjahr beträgt die Erhöhung rd. **1,46 Mio. €** (3%) und bereinigt rd. 1,15 % (2,8 %).

Jetzt ein Blick auf die **Aufwendungen** der Teilhaushalte entsprechend der Organisationsstruktur. Sie entsprechen den Budgets (ohne interne Verrechnungen).

Auch hier zeigen sich die 3 großen Kostenblöcke:

Jobcenter 27 (27) % 81,8 (78,1) Mio. €

Sozialamt 24 (25) % 72,1 (70,0) Mio. €

Jugendamt 15 (15) % 44,9 (41,7) Mio. €

**Insges. rd. 66 %**

**81,9 Mio. € (+ 1,5 interne Aufw.)**

Der Teilhaushalt umfasst 4 Produkte (1 nur Erträge: Landeszuschuss SGB II steigt von 2,6 auf 3,3 Mio. €)

#### **Leistungen für Unterkunft und Heizung (36 %)**

Aufgrund eines neuen Mietspiegels und vorgeschriebener Anwendung der Bundesheizkostenrichtlinie steigen die Kosten bei gleichbleibender Fallzahl. Insgesamt beträgt der Aufwand **29,8** (27,9) Mio. €.

Der Bund beteiligt sich an diesen Kosten weiterhin mit 26,4 %.

#### **Einmalige Leistungen**

Der Ansatz wurde auf 275 T€ (Vj. 236 T€) erhöht (allgem. Preissteigerung).

#### **Arbeitslosengeld II (55 %)**

**Größte Produkt des Teilhaushaltes mit Ausgaben von 46,2 (45,0) Mio. €**

**Der Aufwand wird vollumfänglich vom Bund erstattet und bleibt somit ohne Auswirkung auf den Kreishaushalt.**

**Verwaltung der Grundsicherung f. Arbeitsuchende 8 % Aufwand insges. 7,2 (6,4) Mio. €** (Landkreisanteil 15,2% bzw. 2,0 (1,8) Mio. €.

**72,1 (70,0) Mio. €**

Größter Ausgabeblock (60%) ist mit weiterhin steigenden Ausgaben die **Eingliederungshilfe**. Sie steigt erneut um rd. 1,7 Mio. € auf **43,5 Mio. €**

**Seit 2010 Anstieg um fast ein Drittel.**

Der Ansatz für Ausgaben der **Grundsicherung im Alter** und bei Erwerbsminderung (16 %) verbleibt unverändert bei **11,5 Mio. €** für rd. 2.370 Bedarfsgemeinschaften.



Allerdings reduziert sich der Zuschussbedarf nochmals um rd. 780 T€, da der Bund, wie bereits zu Beginn erläutert, Leistungen jetzt zu 100 % ( 75 %) erstattet.

Alle nicht durch andere Einnahmen gedeckten Pflichtausgaben der Sozialhilfe (mit Ausnahme des Asylbereichs) fließen in das **Quotale System**. Der Anteil des ü.ö. Trägers steigt nicht aufgrund der 100%igen Erstattung des Bundes für GruSi, sondern verbleibt bei **81 %**.

**44,9 (41,7) Mio. €**

Insgesamt steigen in diesem Bereich die Kosten ggü. der letzten Veranschlagung um **3,2 Mio. €**, davon rd. **500 T€ Pers.Ko.**.

Die Veranschlagung beruht auf tatsächliche Aufwendungen 2013 plus Pflegesatzveränderungen.

Der Zuschussbedarf (ohne Personalausgaben) erhöht sich somit gegenüber dem Vorjahr um rd. **2,7 Mio. €**.

Die wesentliche Produkt sind mit weiterhin **46 %** die **Hilfe zur Erziehung 20,4 (18,8) Mio. €**,

mit **13 %** **Hilfen für junge Volljährige, Inobhutnahme und Eingliederung 6,0 (5,2) Mio. €**

Hierunter fallen u.a. folgende Hilfearten:

SPFH, Soz. Gruppenarbeit, Päd. Einzelbetreuung, Tagesgruppenunterbringung, Bereitschaftspflege, Vollzeitpflege und Heimerziehung und

mit **8 %** die **Förderung in Tagespflege und Tagespflegeeinrichtungen mit 3,6 (3,9) Mio. €**.

**Produkt Tageseinrichtungen für Kinder 12 % = 5,4 (4,4) Mio. €**

Die Vereinbarung über die „Förderung von Kindern in Kitas“ ist zum 31.12.2013 ausgelaufen.

Eine neue Vereinbarung wurde bisher nicht geschlossen.

Die geplante Höhe der Beteiligung des LK an den Kosten der KiTas hat trotz der geplanten Erhöhung um 1 Mio. € auf nunmehr 5,3 Mio. € zu -gelinde gesagt- Unstimmigkeiten zwischen dem Kreis und einigen Kommunen geführt.

Allerdings besteht für die Übernahme dieser Aufgabe -im Gegensatz zur Übernahme von Schulträgeraufgaben- kein Anspruch auf Erstattung von Aufwendungen.

Jedoch würde eine uneinheitliche Wahrnehmung von Aufgaben durch Kommunen innerhalb eines Kreises gem. § 15 NFAG bei der Höhe der zu zahlenden Kreisumlage zu berücksichtigen sein.

Die Verwaltung hofft auf eine gütliche Einigung mit allen Kommunen und geht von einer Verlängerung der Vereinbarung vorerst bis zum Ende dieses Jahres aus.

Aufgrund unserer Organisationsstruktur werden Aufgaben mancher Produktbereiche in unterschiedlichen Ämtern wahrgenommen (z.B. Schülerbeförderung durch die Kopplung mit dem ÖPNV im Amt für Wirtschaftsförderung).

Diese Zusammenstellung zeigt daher die Gesamtaufwendungen der Produktbereiche unabhängig von der bewirtschaftenden Stelle.

Auch hier zeigt sich Soziales, Jugend und Schule = 74 % der Gesamtaufwendungen

In diesem Zusammenhang möchte ich wieder einmal auf den Gesamtaufwand für **Schulträgeraufgaben** hinweisen. Er beträgt **29,8 (27) Mio. €**:

**Teilhaushalt Schulen** (Lehrmittel, Sekretärin und Stellenanteile Schulamt), Reinigung, Bewirtschaftung, Bauunterhaltung (mit Stellenanteilen TG)

Rd. 18,83 (16,55) Mio. €

**Schülerbeförderung** (Teilhaushalt 80) 9,52 Mio. €

**So. schulische Aufgaben** (versch. TH) 1,42 Mio. €.

Der Ansatz Schullastenausgleich wurde in gleicher Höhe wie im Vorjahr eingeplant (4,8 Mio. €). A

Aufgrund der geringeren Schülerzahl steigen die pro Kopf-Beträge von 550 auf 606 € für Schüler der Sek.I, von 770 auf 780 für € Sek. II und von 720 auf 800 für Schüler auf den Inseln.

Damit kommt der Kreis seiner gesetzlichen Verpflichtung auf jeden Fall nach.

#### Ergebnisse Teilhaushalte

Teilhaushalt	Ansatz 2013	Ansatz 2014	Veränderung
Allgemeine Deckungsmittel	125.005.000 €	138.718.000 €	13.713.000 €
Verwaltungsführung	-675.100 €	-725.100 €	-50.000 €
Innerer Dienst	-2.219.700 €	-2.400.200 €	-180.500 €
Personalwesen	-2.922.200 €	-2.698.000 €	224.200 €
Rechnungsprüfungsamt	-543.800 €	-541.400 €	2.400 €
Zentrale Finanzverwaltung	-1.854.800 €	-1.808.600 €	46.200 €
Techn. Gebäudemanagement	-1.826.300 €	-2.253.600 €	-427.300 €
Ordnungsamt	-212.700 €	-258.100 €	-45.400 €
Amt f. Veterinärwesen u. Lebensmittelüberw.	-1.252.200 €	-1.346.400 €	-94.200 €
Amt für Schulen und IT	-4.071.200 €	-3.965.800 €	105.400 €
Schulen	-15.043.900 €	-17.019.900 €	-1.976.000 €
Jugendamt	-35.477.000 €	-38.676.400 €	-3.199.400 €
Sozialamt	-11.894.700 €	-12.512.300 €	-617.600 €
Amt für Gesundheitswesen	-1.915.400 €	-2.178.200 €	-262.800 €
Jobcenter (passive Leistungen)	-19.629.000 €	-19.705.400 €	-76.400 €
Wirtschaftsförderung und Kreientwicklung	-10.868.600 €	-11.517.200 €	-648.600 €
Amt für Bauordnung, Planung und Naturschutz	-1.098.900 €	-1.265.600 €	-166.700 €
Amt für Kreisstraßen, Wasser- wirtschaft und Deiche	-8.256.000 €	-9.527.700 €	-1.271.700 €
<b>Summe</b>	<b>5.243.500 €</b>	<b>10.318.100 €</b>	<b>5.074.600 €</b>

Allg. DM:

Mehrerträge: FA -18,2, KU 41,2 Mio. €

Aufwand: Zuschuss UEK + 6,1 Mio.,

Strukturfonds 3 Mio. €

51: wie zuvor berichtet Umsetzung Ergebnis 2013

80: Schülerbeförderung 280 T€ und AfA/SoPo 350 T€

66: Afa

Zu den Investitionen:

### Investition und Finanzierung

<b>Investitionen</b>	<b>19.733.500 €</b>
<b>Einzahlungen</b>	<b>3.663.300 €</b>
	<hr/>
<b>Saldo aus Investitionstätigkeit</b>	<b>16.070.200 €</b>
<b>Kreditaufnahme</b>	<b>15.969.800 €</b>
<b>Vorläufige Tilgung</b>	<b>6.329.200 €</b>
	<hr/>
<b>Nettoneuverschuldung</b>	<b>9.640.600 €</b>
<b>voaraus. Schuldenstand am 31.12.2014</b>	<b>144.505.982 €</b>

Überschuss aus Finanzhaushalt i.H.v. 11,9 Mio. € wird weiterhin zur Abdeckung des Altfehl benötigt,

*Wesentliche Investitionen*

Trotz des Altfehls ist die Erstellung eines **Haushaltssicherungskonzeptes** bei ausgeglichenem Ergebnishaushalt weiterhin nicht erforderlich.

Unsere Finanzstärke erlaubt uns voraussichtlich auch in den Planungsjahren die weiterhin auftretenden Verluste der UEK abzudecken, aber der Abbau des Altfehls/Verlustvortrages verlangsamt sich erheblich.

Die Entwicklung der nach Finanzplanung 2015 voraussichtlichen strukturellen Überschüsse sehen Sie auf dieser Grafik.

Berücksichtigt sind dabei die jeweiligen Zuschüsse an die UEK: 7, 6, und 5 Mio. €.

Der Abbau des Verlustvortrages stellt sich demnach wie folgt dar:

Allerdings muss ich darauf hinweisen, dass die Abschlüsse 2010 bis 2012 und zum Teil auch 2013 mit hohen nicht eingeplanten Abschreibungen belastet werden, daher bleibt der Verlauf nach endgültigen Jahresabschlüssen abzuwarten.

Nachdem wir in diesem Jahr hoffentlich einen Zwischenspur einlegen, verlangsamt sich das Tempo in den Planungsjahren.

Trotz der vielen Diskussionen während der bisherigen Haushaltsberatungen und der fehlenden Empfehlungsbeschlüsse aus Finanz- und Personalausschuss, hoffen Herr LR Weber und ich, dass Sie diesem doch bisher zweitbestem -zumindest was das geplante Defizit angeht- HH meiner Amtszeit in der Finanzverwaltung zustimmen können.

*Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.*      55